

„REICHSBÜRGER“

RECHTE IDEOLOGIE,
STRUKTUREN UND AKTIVITÄTEN

IDZ 
INSTITUT FÜR DEMOKRATIE
UND ZIVILGESELLSCHAFT

WORUM GEHT'S BEI DER „REICHSBÜRGER“- IDEOLOGIE?

Der Kern der „Reichsbürger“-Ideologie besteht aus zwei Behauptungen: 1. Die Bundesrepublik Deutschland existiere nicht bzw. sei kein legitimer und souveräner Staat und 2. das Deutsche

Reich bestünde fort. Auf welches historische Reich (z.B. Kaiserreich, „Drittes Reich“) sich dabei bezogen wird, ist unterschiedlich. Alle „Reichsbürger“-Gruppierungen eint jedoch, dass sie den demokratischen Staat sowie seine Gesetze, Institutionen und Vertreter*innen ablehnen und versuchen, sich der Gesellschaft, ihren Strukturen und demokratischen Diskursen zu entziehen. Als ideologische Klammer funktioniert die Verschwörungserzählung, Deutschland werde von einer fremden Macht beherrscht, die im Hintergrund die Fäden ziehe und damit die Selbstbestimmung des deutschen Volkes verhindere. Damit weist die „Reichsbürger“-Ideologie starke Bezüge zu antisemitischen und rassistischen Weltbildern auf.

DIE SZENE KURZ ERKLÄRT



Unter dem Begriff der „**Reichsbürger**“ werden klassischerweise Personen verstanden, die die Existenz und Legitimität der Bundesrepublik Deutschland leugnen und sich berufen fühlen, die Fortexistenz des Deutschen Reichs praktisch umzusetzen. Auf Privatgrundstücken bauen sie eigene Gemeinschaftsordnungen auf und simulieren eigene staatliche Strukturen.



Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Gruppen und Einzelpersonen, die die Legitimität der BRD leugnen und die öfter unter dem Begriff der „**Souveränisten**“ zusammengefasst werden. Zu diesem **heterogenen Milieu** gehören zum Beispiel Teile der Neonazi-Szene, die sich im Kampf für die Wiederherstellung des „Dritten Reichs“ sehen.



Selbstverwalter*innen und selbsternannte „Staatenlose“ orientieren sich nicht unbedingt am Reichsgedanken, lehnen aber die Legitimität staatlicher Institutionen ab und weigern sich beispielsweise, Steuern zu zahlen.



Weiterhin gibt es Akteur*innen, die die Infragestellung der Souveränität der BRD vor allem als populistisch-rhetorisches Mittel verwenden, um verschiedene antidemokratische Milieus gegen eine vermeintliche „Elite“ zu vereinen und mobilisieren.



Die Grenzen zwischen diesen Milieus sind fließend und die unterschiedlichen Gruppen größtenteils personell und strukturell gut vernetzt.

TIMELINE

ÖFFENTLICH BEKANNT GEWORDENE AKTIVITÄTEN UND EREIGNISSE (AUSWAHL)

1985

Reichsideolog*innen werden auch in den neuen Bundesländern aktiv.

1994

*Das Phänomen wird sichtbarer; Behörden und Gerichte werden vermehrt zum Ziel von Reichsideolog*innen. Trotzdem wird das Phänomen von den Sicherheitsbehörden weitestgehend ignoriert oder bagatellisiert.*

2012

August: Adrian Ursache schießt auf Polizist*innen bei der Zwangsräumung seines selbsternannten „Staates Ur“ (Sachsen-Anhalt).

Oktober: Wolfgang P., ein Unterstützer Ursaches, erschießt einen Polizisten, als seine Waffen beschlagnahmt werden sollen (Georgensgmünd, Bayern).

2020

Februar: Ein „Reichsbürger“ verletzt bei einer Polizeikontrolle einen Polizisten mit seinem Auto schwer (Lörrach, Baden-Württemberg).

Oktober: „Zukunftskongress Deutschland“, Vernetzungstreffen der „Reichsbürger“-Szene in Pfiffelbach (Thüringen) mit Teilnehmer*innen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Dezember: Bundesweite Razzia gegen die selbsternannte „Patriotische Union“ um den Adligen Heinrich XIII. Reuß, die einen Staatsstreich geplant haben soll.

2023

Der selbsternannte „Reichskanzler“ Wolfgang Ebel gründet mit der „Kommissarischen Reichsregierung“ (KRR) die erste Gruppierung, die der klassischen „Reichsbürger“-Ideologie anhängt.

1990er

Horst Mahler (ehem. RAF-Anwalt, seit den 1990er Jahren einer der bekanntesten Rechtsextremisten und Holocaustleugner in Deutschland und Vertreter der „Reichsbürger“-Ideologie) gründet mit anderen das „Deutsche Kolleg“.

2000er

Gründung mehrerer überregional aktiver Gruppen, u. a. „Deutsches Polizeihilfswerk“, „Republik Freies Deutschland“, „Königreich Deutschland“.

2016

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ werden erstmals bundesweit zum Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden.

Ab März: Beginn der Corona-Pandemie und der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. An vielen Orten beteiligen sich Personen aus der „Reichsbürger“-Szene aktiv an den Protesten.

August: Versuchte „Erstürmung“ des Reichstagsgebäudes unter Beteiligung von Personen aus der „Reichsbürger“-Szene.

2022

Im Fall von Lörrach übernimmt das erste Mal die Generalbundesanwaltschaft Ermittlungen mit „Reichsbürger“-Bezug.

Die Razzia im Dezember ist die größte Anti-Terror-Razzia in der Geschichte der Bundesrepublik.

März: Weitere Hausdurchsuchungen im Umfeld der „Patriotischen Union“. In Reutlingen (Baden-Württemberg) schießt und verletzt dabei eine Person einen Polizisten.

© roman raizen on Unsplash

WEITERE INFORMATIONEN UNTER:

 www.idz-jena.de  twitter.com/idz_jena  facebook.com/idzjena



WIESO SIND DIE „REICHS-BÜRGER*INNEN“ RELEVANT?

Die Rückbesinnung auf ein Kaiser- oder Königreich und dessen Wiederbegründung muten zunächst skurril an. Bis heute besteht die Gefahr, das Phänomen der „Reichsbürger*innen“ als harmlose Spinnerei abzutun. Dahinter steht aber die grundlegende Ablehnung der modernen, liberalen und demokratischen Gesellschaft. Zum Beispiel wird das historische Preußen verklärt, das in Wahrheit streng autoritär-hierarchisch, militaristisch, völkisch und antisemitisch war. Der Geschichtsrevisionismus ist ein Kernelement der „Reichsbürger“-Ideologie.

Deutschlandweit werden mittlerweile viele tausend Menschen der „Reichsbürger“-Szene zugerechnet. Die Schätzungen reichen von 23.000 (Bundesamt für Verfassungsschutz 2022) bis hin zu 40.000 (vgl. Wellsow in Speit (Hg.) 2017, S. 178).

Vor allem die Ablehnung der demokratischen Institutionen und Gesetze hat seit Jahren spürbare Konsequenzen im Alltag: In deutschen Ämtern und Behörden erschweren und behindern Menschen, von der „Reichsbürger“-Ideologie bestärkt, regelmäßig den Dienstbetrieb. Sie nötigen und bedrohen Verwaltungsmitarbeiter*innen, streiten sich mit ihnen über die Gültigkeit von Gesetzen und weigern sich, amtlichen Anordnungen Folge zu leisten oder Bußgelder zu zahlen.

Teile der „Reichsbürger“-Szene bewaffnen sich mit legal erworbenen und illegal beschafften Waffen und leisten gewaltsamen Widerstand gegen Polizist*innen, Gerichtsvollzieher*innen oder Mitarbeiter*innen der Ordnungsämter. Dabei sind die Übergänge zur militanten Neonazi-Szene fließend. Wenn die Sicherheitsbehörden gegen „Reichsbürger“-Gruppierungen ermitteln, die den gewaltsamen Sturz der Demokratie herbeiführen wollen bzw. einen „Staatsstreich“ planen, finden sich zudem auffallend häufig (ehemalige) Soldat*innen und Polizist*innen unter deren Mitgliedern. Sie haben Zugang zu Waffen und strategisch wichtige Kenntnisse für den Fall eines selbst herbeigeführten „Ausnahmestands“.

Erkennungszeichen von "Reichsbürger*innen"



Flagge des Deutschen Kaiserreiches (1871-1918)



„Wirmer-Flagge“
(ursprünglich: Alternativvorschlag für deutsche Nationalflagge nach 1945)



umgedrehte Deutschland-Flagge,
symbolisiert die Delegitimierung
der Bundesrepublik

DAS „REICH“ IM NETZ: TELEGRAM, YOUTUBE & CO.

Vor allem in den Sozialen Medien hat die „Reichsbürger“-Ideologie in den letzten Jahren rasante Verbreitung erfahren. „Reichsbürger*innen“ verbreiten Videos mit kruden Geschichtsauffassungen und antisemitischen Verschwörungserzählungen auf YouTube oder eigenen Internetseiten. Messengerdienste wie Telegram werden für die regionale und überregionale Vernetzung genutzt – von der Organisation von Protestaktionen bis hin zur Vorbereitung von terroristischen Handlungen. Deutschlandweit existieren mehrere hundert solcher Messenger-Gruppen – zum Teil mit über 60.000 Abonnent*innen.



Aufkleber am Auto eines Gewerbetreibenden,
Jena, März 2023 ©IDZ

PROTESTMOBILISIERUNG IN DER CORONA-PANDEMIE UND IM KONTEXT DES UKRAINE-KRIEGS

Seit Anfang 2020 haben sich Personen aus der „Reichsbürger“-Szene verstärkt an den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beteiligt. Sie wurden damit in der Öffentlichkeit sichtbarer als zuvor.

- Bei den Demonstrationen wurden immer wieder schwarz-weiß-rote Fahnen und Reichskriegsflaggen mitgeführt.
- In Redebeiträgen auf Kundgebungen, die sich gegen die Maskenpflicht, Impfungen und die zeitweisen Einschränkungen der Freizügigkeit richteten, hieß es teilweise, Deutschland sei „nicht frei“, sondern „fremdbestimmt“ und brauche einen „Friedensvertrag“.
- Immer wieder wurden Polizist*innen, Mitarbeiter*innen von Ordnungsämtern und Journalist*innen provozierend als „Personal der BRD-GmbH“ angeredet und zum Teil körperlich angegriffen.
- Auch bei den Demonstrationen seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und in der Energiekrise sind „Reichsbürger*innen“ dabei und zeigen ihre Symbole. Neu hinzugekommen ist dabei die Flagge des russischen Zarenreiches.

STRATEGIEN UND TYPISCHE AKTIVITÄTEN



GEBIETSANSPRÜCHE

Einige „Reichsbürger*innen“ rufen ihr eigenes „Staatsgebiet“ mit erfundenen Gesetzen auf ihren Grundstücken aus. Manche versuchen, gezielt Immobilien im ländlichen Raum zu erwerben und sich dort anzusiedeln.

Das eigene „Staatsgebiet“ wird von „Reichsbürger*innen“ im Zweifel auch gewaltvoll und mit Waffen verteidigt, wenn es zum Beispiel von Gerichtsvollzieher*innen oder Polizist*innen betreten wird.



GRÜNDUNG VON PSEUDO-BEHÖRDEN UND AMTSANMASSUNG

„Reichsbürger*innen“ fallen durch das Gründen von eigenen „Behörden“ auf und stellen dabei eigene Pässe, Visa und Führerscheine aus. Die offiziellen Dokumente der BRD lehnen sie ab. Teilweise verschicken sie „Amts-post“ oder rufen „Wahlen“ aus.



NÖTIGUNG VON BEHÖRDEN-MITARBEITER*INNEN

Reichsbürger*innen überhäufen staatliche Verwaltungen mit Briefen („Vielschreiberei“) oder versuchen unberechtigte Zahlungsforderungen gegen Behördenvertreter*innen oder Politiker*innen durchzusetzen („Malta-Masche“).



SCHULE UND BILDUNG

Es gibt immer wieder Versuche von „Reichsbürger*innen“, eigene Schulen zu etablieren (zum Beispiel in Bayern und Sachsen 2022) oder Kinder der staatlichen Schulpflicht zu entziehen. Hierbei gibt es große Überschneidungen zu sogenannten „Freilerner“-Gruppen.

© krzysztof hepner on Unsplash

ZUM WEITERLESEN



Amadeu Antonio Stiftung (2018): „Reichsbürger“ und Souveränisten – Basiswissen und Handlungsstrategien.

Online: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/04/Reichsbuerger_Internet.pdf



Speit, Andreas (2017/ Hg.): Reichsbürger: Die unterschätzte Gefahr.

Berlin: Ch. Links Verlag.



Ginsburg, Tobias (2021): Die Reise ins Reich – Unter Rechtsextremisten, Reichsbürgern und anderen Verschwörungstheoretikern.

Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.



Das Nachrichtenportal in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung informiert über Rechtsextremismus, Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Rassismus – und über demokratische Gegenstrategien und zivilgesellschaftliches Engagement. Täglich erscheinen aktuelle Beiträge.



Dieses Factsheet wurde vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2023 erstellt.
Redaktion: Viktoria Kamuf, Kathrin Renz und Axel Salheiser

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Tatzendpromenade 2a
07745 Jena

Telefon: 03641 - 27 19 403
E-Mail: mail@idz-jena.de



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Vielfalt



Ministerium
für Bildung,
Jugend und Sport

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerungen des TMBJS oder des BMBF dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.